# Zweite Morgen-Ausgabe.
# Deutsches Nachrichtenbüro G.m.b.H.

(Alles Manuskript gedruckt, Nachdruck und jede Art Verbreitung ohne Vereinbarung untersagt. Ohne alle Gewähr.)

| 3. Jahrg. 1936 | Berlin, Montag, 14. September | Nr. 1189 |
|---|---|---|


UNIVERSITY OF CALIFORNIA

### „Sunday Chronicle" über Deutschland begeistert.

**London, 13. September.** Der Mitarbeiter der Sunday Chronicle, Beverly Nichols, der bereits in der vorigen Ausgabe dieses Blattes über seinen ersten Besuch im nationalsozialistischen Deutschland berichtete, setzte am Sonntag die Schilderung seiner Eindrücke fort. Er schreibt, Deutschland könne unmöglich mit irgendeinem gewöhnlichen Maßstab gemessen werden. Es sei ein Land, in dem die Liebe zum Vaterland und das Rassenbewußtsein dem gesamten Volk geradezu eine religiöse Gläubigkeit gegeben hätten, die von lebensnächtiger Bedeutung sei.

Nichols beschreibt, wie sein Kraftwagen auf der Fahrt durch Deutschland immer wieder von der neuen deutschen Jugend umdrängt worden sei und schildert, wie man ihn vor seiner Abreise aus England mit antinationalsozialistischer Propaganda überschwemmt habe. Man habe versucht, ihn darauf aufmerksam zu machen, daß sich die wirklich unangenehmen Dinge in Deutschland „im Verborgenen" abspielten. Nichols hatte durchaus nicht diesen Eindruck erhalten, denn die erste Stadt, die er berührte, zeigte ein Schild mit der Aufschrift „Juden sind hier nicht erwünscht".

Wenn das Propagandaministerium, so erklärt Nichols, tatsächlich die Absicht hätte, irgend etwas zu verbergen, dann wäre die Beseitigung dieses Schildes die erste Aufgabe. Es sei so ehrlich, daß man fast in Verlegenheit geraten könne. Er wiederhole es, weil es nicht oft genug wiederholt werden könne, daß der leidenschaftliche Nationalismus in Deutschland etwas sei, was jedem verständlich gemacht werden müsse.

Unter den in Deutschland waltenden Umständen, so fährt Nichols fort, würde er persönlich als Pazifist und Liberaler zur Waffe ruhe gegangen sein und seine Stimme für Hitler abgegeben haben. England dürfe nicht den verbrecherischen Fehler begehen, diesen Nationalismus mißzuverstehen.

### Eine englische Heberin wird widerlegt.

**London, 12. September.** Die Herzogin von Atholl, die seit Monaten in Zeitungsartikeln und öffentlichen Erklärungen gegen den Nationalsozialismus polemisiert und kürzlich die Behauptung aufzustellen wagte, der Nationalsozialismus sei für England eine größere Gefahr als der Bolschewismus, bekommt in der Saturday Review eine treffende Antwort aus der Feder der Herausgeberin dieser Wochenschrift, Lady Houston.

Die Verfasserin schreibt: „Die Herzogin ist beunruhigt, weil sie in Deutschlands Aufrüstung eine Bedrohung Englands sieht. Aber diese Tatsache muß aus einem anderen Gesichtswinkel betrachtet werden. Wenn Hitler die Macht übernahm, war Deutschland der völligen Willkür Frankreichs ausgesetzt. Aber Hitler ist ein weitblickender Mann. Für ihn war der einzige Ausweg ein immer stärker werdendes Deutschland, und er hat dieses Wunder vollbracht. Aber warum soll diese Tatsache für England eine Gefahr sein, nachdem Deutschland uns die Hand der Freundschaft entgegengestreckt und Hitler nicht das geringste unternimmt, aus dem sich schließen ließe, daß es uns zu gefährden wünsche. Deutschland hat gerüstet, um sich gegen Sowjetrußland zu verteidigen, weil es im Bolschewismus die Zerstörung der Zivilisation sieht."

### Amerika zur Aufteilung der deutschen Kolonien.

**Washington, 13. September.** Das Außenamt hat einen neuen Band der Dokumente über die amerikanische Außenpolitik herausgegeben. Es handelt sich um den ersten Band des Jahres 1921, der 986 Seiten umfaßt.

Die Sammlung der bisher geheimgehaltenen Erlasse des Außenamts an die amerikanischen Missionschefs zeigt die in dem genannten Jahre entstandene Abneigung Amerikas gegen die verbündeten europäischen Mächte, denen zuliebe Amerika in den Weltkrieg eingetreten war. Aus der Sammlung geht weiter die scharfe Betonung der eigenen amerikanischen Interessen und die Verärgerung über die Gier der europäischen Sieger hervor, die Beute aufzuteilen. Einen großen Raum nehmen die Proteste und Forderungen der amerikanischen Regierung ein in den Angelegenheiten der Mandate über die früheren deutschen Kolonien. Amerika hat zwar keinen territorialen Zuwachs gewünscht, sich aber energisch dagegen gewehrt, daß der Völkerbund eigenmächtig über die Mandate verfügte. Der Völkerbund versucht diesen lästigen Beschwerden dadurch zu begegnen, daß er erklärte, die Verteilung der Mandate sei Sache der alliierten und assoziierten Mächte, der Völkerbund habe sich lediglich um die angemessene Verwaltung der Mandate zu kümmern.

Diese Kontroverse wurde dann später dadurch geregelt, daß Amerika alle Mandatare zu Sonderverträgen zwang, in denen Amerika die Meistbegünstigung und die sogenannte offene Tür für alle Kolonien zugestanden wurde. Staatspolitisch interessiert zeigte sich Amerika dann nur noch an dem Schicksal der früheren deutschen Kolonien im Stillen Ozean, die unter japanischem Mandat stehen. In Afrika beschränkt sich sein Interesse lediglich auf Liberia, wo amerikanische Gummiwerke ausgedehnte Kapitalanlagen haben.

### Internationaler Jugendherbergskongreß abgeschlossen.

**Kopenhagen, 12. September.** Der 5. Internationale Jugendherbergskongreß in Kopenhagen fand am Sonnabend seinen Abschluß. Er gab Vertretern von über 25 Ländern, darunter Amerika und Niederländisch-Indien, Gelegenheit, gegenseitige Erfahrungen aus der praktischen Jugendherbergsarbeit auszutauschen. Auf der fünftägigen Arbeitstagung kam die weite Verbreitung der deutschen Jugendherbergsidee in der ganzen Welt deutlich zum Ausdruck. Wie üblich war die deutsche Abordnung unter Führung von Obergebietsführer Rodatz an der internationalen Arbeitstagung maßgebend beteiligt und ihre reichen Erfahrungen trugen zum glücklichen Verlauf des Kongresses bei. Deutschland wird in großzügigster Weise das internationale Jugendwandern gefördert und seine Jugendherbergen geöffnet. Im letzten Jahre über 100 000 Ausländern Gastfreundschaft gewährt.

In der Schlußsitzung wurde der einstimmig wiedergewählte deutsche Präsident der Internationalen Jugendherbergskonferenz, Schirrmann, den herzlichen Dank der Arbeitsgemeinschaft an den gastgebenden dänischen Verband. Der deutsche Reichsverband für Jugendherbergen übermittelte dem dänischen Jugendführer Hansen, der sich um die Betreuung der Kongreßteilnehmer und um die festliche Ausgestaltung der Tagung besonders verdient gemacht hat, eine Einladung für die Internationale Ausstellung für Jugendherbergen in Deutschland, deren Durchführung im Frühjahr geplant ist.

Der 6. Internationale Jugendherbergskongreß wird 1938 in Paris stattfinden. Dem vorbereitenden Arbeitsausschuß gehören u. a. der sudetendeutsche Walter Simon und für Deutschland Regierungsrat Schlecht an.

### Verfolgung Deutscher in der Tschechoslowakei.

**Mährisch-Ostrau, 13. September.** Wegen sogenannter Uebertretung des Republikschutzgesetzes wurden am Sonnabend vom hiesigen Kreisgericht fünf junge Deutsche, größtenteils Studenten, verurteilt. Wie dies in solchen tschechischen Verfahren üblich ist, mußte zur Rechtfertigung dieses Vorgehens gegen Angehörige der deutschen Minderheit wieder die Behauptung herhalten, die Angeklagten wären in Deutschland mit einer Organisation in Verbindung getreten, die irredentistische Ziele (!!) verfolge.

Die Angeklagten erhielten strengen Arrest von sechs Wochen bis zu drei Monaten und Geldstrafen in Höhe bis zu 500 Kronen.

### Wüschtü Aras in Athen.

**Athen, 12. September.** Auf der Reise nach Genf traf der türkische Außenminister Rüschtü Aras in Begleitung des Innenministers und mehrerer hervorragender Persönlichkeiten in Piräus ein. Zu seiner Begrüßung waren außer den griechischen Innenminister und dem Staatssekretär des Auswärtigen die diplomatischen Vertreter Jugoslawiens, Rumäniens und der Sowjetunion erschienen. Nach einer längeren Unterredung mit Ministerpräsident Metaxas, in der die gemeinsamen politischen Interessen beider Länder behandelt und die freundnachbarlichen Beziehungen zwischen beiden Völkern unterstrichen wurden, reiste der türkische Außenminister nach Genf weiter.

### Rote Banditen brechen in Gesandtschaften ein.

**Hendaye, 12. September.** Die Unsicherheit in den von den Marxisten beherrschten Teilen Spaniens, der auch die diplomatischen Vertretungen in steigendem Maße preisgegeben sind, wird durch zwei Zwischenfälle beleuchtet, die sich in den letzten Tagen ereignet haben.

In Madrid brachen trotz polizeilichen Schutzes dunkle Elemente in die ägyptische Gesandtschaft ein. Es kam zu einer Schießerei, bei der ein Mitglied der Zivilgarde getötet wurde. Der ägyptische Geschäftsträger hat daraufhin Madrid sofort verlassen. In Alicante wurde in das Archiv der portugiesischen Gesandtschaft eingebrochen. Die diplomatische Vertretung Portugals hat sich daraufhin auf ein im Hafen liegendes portugiesisches Kriegsschiff in Sicherheit gebracht.

Der Vertreter der Madrider Regierung in St. Jean de Luz hat den dort befindlichen Mitgliedern des Diplomatischen Korps mitgeteilt, daß seine Regierung nur noch die in Madrid ansässigen diplomatischen Vertreter anerkennen werde. Damit sei seiner Ansicht nach seine Aufgabe in St. Jean de Luz erledigt.

### Diplomatisches Korps und die Forderung Madrids.

**Hendaye, 13. September.** Das Madrider Diplomatische Korps, das am Sonnabend abend in Saint Jean de Luz zusammengetreten war, um zu der Mitteilung des Madrider Sonderbeauftragten Castro Stellung zu nehmen, daß die Madrider Regierung nur noch diejenigen diplomatischen Vertreter anerkennen würde, die ihren Wohnsitz in Madrid oder in einem anderen Orte auf spanischem Gebiete hätten, hat sich nach längerer Beratung entschlossen, seine Stellungnahme zu vertagen. Man will am Mittwoch erneut zusammentreten.

In den diplomatischen Kreisen in Saint Jean de Luz ist man über die Forderung der Madrider Regierung sehr erstaunt, weil alle Welt weiß, wie unsicher der Aufenthalt in dem von den Roten noch besetzten Gebiet Schätzens sogar für Ausländer und diplomatische Vertreter geworden ist. Man hält die Madrider Regierung mit ihrer Forderung für schlecht beraten.

### Uruguayische Sympathie-Kundgebung für Burgos.

**Buenos Aires, 12. September.** Wie aus Montevideo gemeldet wird, haben eine Anzahl bekannter uruguayischer Staatsmänner mit den stellvertretenden Präsidenten der Republik, Dr. Navarro, an der Spitze sowie weitere 300 angesehene Persönlichkeiten ein Sympathie-Telegramm an den Präsidenten der spanischen Militärjunta in Burgos gerichtet. Darin geben sie ihrer Ueberzeugung Ausdruck, daß die Junta entsprechend ihren Erklärungen die anarchokommunistische Bewegung unterdrücken und Spanien eine verfassungsmäßige Regierung geben werde.

### Italiens Handelsverkehr mit ehemaligen Sanktionsländern.

**Rom, 12. September.** Nach einer Zusammenstellung des italienischen Außenministers im Ministerrat hat Italien bis jetzt mit folgenden früheren Sanktionsmächten neue provisorische Wirtschaftsverträge geschlossen: Frankreich, Griechenland, Türkei, Norwegen, Tschechoslowakei, Schweden. Die Unterzeichnung eines Abkommens mit Polen steht unmittelbar bevor.

Mit den anderen Sanktionsstaaten sind Verhandlungen bereits im Gange oder angebahnt, sodaß mit dem Abschluß neuer Verträge mit sämtlichen früheren Sanktionsstaaten innerhalb des November gerechnet werden kann. Unterbrochen wurden die Verhandlungen mit Holland, weil es, wie es in einer amtlichen Mitteilung über den Ministerrat heißt, kein Verständnis für die italienischen Bedürfnisse zeigte, und mit England, weil es zunächst den Ertrag der italienischen Ausfuhr vollkommen und später zu einem sehr hohen Prozentsatz für die Löschung der italienischen Handelsschulden in England einbehalten wollte. Mit Sowjetrußland wurden die Verhandlungen vollständig abgebrochen, da seine Forderungen für Italien nicht annehmbar waren.

### „Iswestija" über Versagen der Getreideablieferung.

**Moskau, 12. September.** Die Gefahr einer neuen Hungerkatastrophe in der Sowjetunion zeichnet sich von Tag zu Tag deutlicher in den sowjetrussischen Berichten selbst ab. So meldet neuerdings das bolschewistische Regierungsorgan Iswestija aus Nowosibirsk von einem katastrophalen Zustand der Getreideablieferung in der Kornkammer Westsibiriens. Desgleichen wird auch in der Meldung zum ersten Male der scharfe Widerstand der Bauern, die infolge der drohenden Gefahr einer hereinbrechenden Hungersnot das Brotgetreide zurückbehalten, anstatt es dem Staate abzuliefern, zugegeben.

Seit Beginn der Getreidebereitstellung wurden im westsibirischen Gau, der Meldung der „Iswestija" zufolge, bis zum 1. September in den staatlichen Elevatoren nur 86 594 Tonnen Getreide gegen 550 931 Tonnen im Vorjahre, also rund 15,7 v. H. der vorjährigen Getreideaufbringung abgeliefert. In mehreren tausend Tonnen liegt das Getreide auf den Tennen und Umschlagplätzen, wird feucht und droht gänzlich zu verderben. Im Rayon Schipunowsk sei der Jahresplan der Getreidebereitstellung erst zu 10 v. H. erfüllt.

In der Kollektivwirtschaft „Gromow" liegen 1121 Zentner Getreide, während an den Staat nur 486 Zentner gegangen sind. Eine „schimpfliche Ziffer" — wie der Bericht sagt — hat der Rayon „Gurjewsk" aufzuweisen, der bisher nur ganze 0,7 v. H. abgeliefert hat. In der Kollektivwirtschaft „Neues Leben" sind zum Abtransport des Getreides in die Speicher ganze vier Fuhren „mobilisiert", während unter freiem Himmel 1000 Zentner Brotgetreide zu verderben beginnen. Auch auf anderen Kollektivwirtschaften ergebe sich das gleiche Bild.

Der Bericht des bolschewistischen Blattes muß den entschlossenen Widerstand der sibirischen Bauern zugeben, die unter verschiedenen Vorwänden das Getreide vor dem Staat verbergen. So habe im Rayon „Alejsk" der Vorsitzende der Kollektivwirtschaft „Die neue Welt" den besten Weizen beiseitegebracht. In der Kollektivwirtschaft „Roter Teich" sei eine große Getreideanbaufläche zur eigenen Versorgung geschaffen worden. Der große Rayon „Alejsk" habe seine Jahresgetreideablieferung auch nur zu 7,9 v. H. erfüllt.

Der Bericht spricht ferner von „antisstaatlichen Strömungen" unter den Kollektivbauern im Bolotinschen Rayon, wo zum Beispiel der Vorsitzende der Kollektivwirtschaft „Erster Mai" eine große Menge Getreide eigenmächtig abdroschen und an die Bauern verteilt, dagegen dem Staat „auch nicht ein Körnchen" abgeliefert habe. Auch in dem Tisulschen Rayon seien in den Kollektivwirtschaften „Die Aehre", „Roter Orden" und „Budjonny" Getreidemengen an die Bauern geschwindig verkauft und die Ablieferung an den Staat überhaupt nicht in Angriff genommen worden.

Die „Iswestija" schließt mit einem Aufruf zum „entscheidenden Kampf gegen die Träger der antisstaatlichen Tendenzen".

### Kanada wieder in Handelsbeziehungen mit Sowjetrußland.

**London, 12. September.** Nach einer Mitteilung des kanadischen Ministerpräsidenten hat Kanada die Handelsbeziehungen mit Sowjetrußland, die seit Anfang 1931 unterbrochen waren, wieder aufgenommen.

### Bolschewistische Geldsammlung für die spanischen Marxisten.

**Moskau, 13. September.** Am Sonntag wurde in den Fabriken Moskaus, Leningrads und anderer Großstädte ein neuer Sammelsetzung für die spanischen Marxisten eingeleitet. Unter der neuen Losung „Hilfe für die Mütter und Kinder Spaniens" forderten Redner die Arbeiter auf, „mehr als nur passiv dem ringenden spanischen Proletariat ihre Sympathien zu bezeugen". Der erste Tag der neuen Sammlung hat bereits Zehntausende Rubel ergeben. In einem Teil der Ukraine haben die kommunistischen Leiter der Kollektivwirtschaften nach Meldungen aus Kiew beschlossen, die Kollektivbauern zur Zeichnung eines vollen Tageslohnes für Spanien zu veranlassen.

### Japan beschlagnahmt bolschewistisches Propagandamaterial.

**Moskau, 13. September.** Wie die Tass aus Tokio berichtet, hat in der dortigen Abteilung des sowjetrussischen Reisebüros „Intourist" eine Hausdurchsuchung stattgefunden, bei der Moskauer Reiseschriften beschlagnahmt wurden. Besonders hat es die japanische Polizei auf eine Schrift abgesehen, die den Bau der Moskauer U-Bahn verherrlicht.

Das japanische Innenministerium hat eine Anordnung erlassen, sämtliche auch in den Tokioter Büros und in den Hotels ausliegenden Schriften dieser Art zu beschlagnahmen. Diese Aktion wurde trotz des Einspruchs eines Mitgliedes der sowjetrussischen Botschaft durchgeführt. Von Sowjetseite ist formeller Protest dagegen eingelegt worden.

---

### Bergsturz vernichtet zwei norwegische Dörfer.

**Oslo, 13. September.** Nach einer Meldung aus Bergen hat sich im Loen-See im Bezirk Nordfjord in Westnorwegen ein schweres Bergsturzunglück ereignet. Nach den bisher vorliegenden Nachrichten ist ein riesiges Felsstück in den See gefallen und hat eine Flutwelle verursacht, durch die zwei kleine Dörfer fast völlig vernichtet worden sind.

Insgesamt sind 74 Menschen, darunter 30 Kinder, aus Leben gekommen, und zwar sind in Nesdal 26 und in Boelsal 44 Todesopfer zu beklagen. Außerdem wurden vier Menschen auf zwei einsam gelegenen Gehöften getötet. Neun Schwerverletzte wurden ins Krankenhaus eingeliefert. Der Schaden wird auf rund 600 000 Kronen geschätzt.

Der Teil des Berges, der in den See stürzte, war etwa 800 Meter hoch und 300 Meter breit. Straßen und Brücken wurden zerstört und große Felsblöcke wurden durch die Flutwelle vor der einen Seite des Sees zur anderen hinübergeschleudert. Ein Besucher der Unglücksstelle berichtet, die Ufer des Loen-Sees sähen aus, als habe ein Riese mit einem Besen alles hinweggefegt.

Verantwortlich: Kurt Schwarzkopff, Berlin-Wilmersdorf.
Druck und Verlag: Deutsches Nachrichtenbüro G. m. b. H., Berlin.